

DEUTSCHE POLITIK

ZUR INNENPOLITIK DER BUNDESREPUBLIK IM FRÜHJAHR 1962

Am 5. Januar vollendete Bundeskanzler *Adenauer* das 86. Lebensjahr. Bald darauf wurde er von einer fiebrigen Entzündung der oberen Luftwege befallen, wie sie in den letzten Jahren immer wieder auftritt, wenn der dicke Winternebel auf dem Rheintal zwischen Bonn und Köln liegt. Wieder einmal ruhte für Wochen das Regierungsgeschäft so gut wie ganz. Dafür blühten Intrigen und Affären.

Mehr Sorgen als die außenpolitische Inaktivität bereitete den maßgebenden Männern das Schicksal der CDU/CSU. Obwohl die Bundestagswahl schon mehrere Monate zurücklag, wurden sich die meisten CDU-Politiker erst jetzt des Ausmaßes der Verluste vom 17. September 1961 bewußt. „Noch einmal so viel eigene Verluste und so viel sozialdemokratische Gewinne wie 1961, und die Sozialdemokraten sind die stärkste Partei“, lautete der Tenor einer parteiinternen Wahlanalyse.

Dufhues soll Generalsekretär werden

Hand in Hand damit ging die Suche nach dem neuen starken Mann, der die Partei wieder zu alter Größe zurückführen könne. Darüber war man sich wenigstens klar, daß Konrad Adenauer, der schon nicht als Bundeskanzler, so doch wenigstens als Parteiführer entlastet werden müsse. *Josef Dufhues*, zur Zeit Innenminister von Nordrhein-Westfalen, sei, so fanden seine Freunde, der geeignete Mann, der als Generalsekretär mit weitgehenden Vollmachten die Partei reorganisieren könne.

Ob Dufhues den ihm zugedachten Posten auf dem kommenden Parteitag der CDU wird übernehmen können und wollen, steht noch dahin. Denn inzwischen ist, noch ehe er gewählt worden ist, an seinen Vollmachten erheblich herumgeknabbert worden. Widerstand kommt vor allem aus den evangelischen Kreisen der Partei, die sich überrumpelt fühlen — *Gerstenmaier* war zu dieser Zeit in Afrika auf der Löwenjagd — und nicht zugeben wollen, daß außer dem mächtigsten auch der zweitmächtigste Mann der Partei ein Katholik sein soll. Aus Nordrhein-Westfalen, wo man den sich verstärkenden Widerstand innerhalb der Partei gegen ein katholisches Übergewicht in der Führung spürt, kam Anfang April der Vorstoß eines hinter Dufhues stehenden jungen Politikers und Bundestagsabgeordneten,

des 29jährigen Sohnes des verstorbenen Ministerpräsidenten *Karl Arnold*, Konrad Adenauer möge von der Parteiführung zurücktreten und den Platz als Parteivorsitzender dem jüngeren Dufhues überlassen.

Dr. Bucerius im „Höllengeheißer“

Auf dem heiklen Boden dieses religiösen Spannungsverhältnisses hat sich auch jene Affäre abgespielt, die unter dem Motto „Das höllische Feuer“ großes Aufsehen erregte. Ein junger Journalist, selbst aus der Jungen Union hervorgegangen, hatte in der Illustrierten *Der Stern* unter dem Titel „Brennt in der Hölle wirklich ein Feuer?“ eine Betrachtung zu dem bevorstehenden Konzil veröffentlicht, im Reportagenstil, wissenschaftlich nicht ganz hieb- und stichfest, im Ton etwas schnoddrig. Im übrigen aber kamen in dem Artikel die schweren Bedenken des Protestanten und eine gewisse Enttäuschung darüber zum Ausdruck, daß das Konzil wohl nicht zu einer Wiedervereinigung der christlichen Kirchen führen, daß vielmehr von den Protestanten Unterwerfung unter Rom verlangt werde.

Die Erregung über den *Stern*-Artikel war vor allem in der katholischen Presse beträchtlich. „Skandal“, „Verleumdung“ und „Tiefschlag gegen Konzil und die Einheit der Kirche“ waren noch die mildesten Ausdrücke. Aber auch das Echo von nichtkatholischer Seite war beträchtlich und überwiegend zustimmend. Das katholische Berliner *Petrusblatt* bezeichnete Urteile wie die des *Stern* als „aus dem latenten Unbehagen am Wahrheitsanspruch der Kirche geboren“.

Interessanterweise war die Reaktion aus den Kreisen der CDU und CSU am schärfsten. Dort sah man in dem Artikel einen Angriff auf die politische Grundlage der CDU/CSU, nämlich auf den Zusammenschluß von Menschen beider großen Konfessionen in einer Partei. Man war um so empörter, als der Verleger des *Stern*, Dr. *Gerd Bucerius*, Mitglied und Bundestagsabgeordneter der CDU war.

So gern Bucerius sonst das politische Entfalten seiner Partei gespielt hat, in diesem Falle war er ohne Schuld. Er hatte den Artikel vorher nicht gekannt, und er mißbilligte hinterher Form und Inhalt. Gleichwohl stellte er sich vor den Verfasser und dessen Recht, seine Meinung zu sagen. Für die Widersacher Bucerius' in der Partei aber war das Ganze eine willkommene Gelegenheit, den Ausschluß des unbequemen Mannes zu verlangen, der nach der Bundestagswahl als einziger seiner Fraktion den Mut gehabt hatte, offen gegen eine vierte Kanzlerschaft Dr. Adenauers aufzutreten, und dessen Verlagsobjekte *Der Stern* und *Die Zeit* immer wieder den Ärger der Partei erregt hatten. Als der Parteivorstand erklärte, Bucerius müsse

sich verantworten, zog dieser es vor, selbst seinen Austritt aus der Partei zu erklären und sein Bundestagsmandat niederzulegen. Bemühungen vor allem seiner Hamburger Parteifreunde — die in ihm einen bedeutenden materiellen Förderer verloren —, diesen Entschluß rückgängig zu machen, blieben ohne Erfolg. Bucerius hat kurz darauf in einem Vortrag erklärt, seine redaktionellen Einflußmöglichkeiten beim *Stern* seien ohnehin durch einen Vertrag mit Chefredakteur *Henri Nannen* sehr stark eingeschränkt gewesen. Hingegen habe er in der *Zeit* immer einen Ausgleich zwischen den Leitartikeln der stellvertretenden Chefredakteurin Gräfin *Dönhoff* und seinem Mandat als CDU-Bundestagsabgeordneter gesucht. In Zukunft aber werde *Die Zeit* diese Rücksicht nicht mehr zu üben haben.

Das Memorandum der Acht

Intoleranz, wenn auch nicht solche religiöser Natur, offenbarte sich auch in anderen Fällen. Acht angesehene protestantische Persönlichkeiten traten mit einem Memorandum an die Öffentlichkeit, in dem die Anerkennung bestimmter außenpolitischer und territorialer De-facto-Zustände gefordert und unter anderem auch den drei Parteien der Vorwurf gemacht wurde, sie schenkten dem Volk keinen reinen Wein ein. Die Acht wurden vor allem aus Vertriebenenkreisen als Helfershelfer des Bolschewismus, von der rechtsradikalen *Deutschen Soldaten Zeitung* gar als „Hochverräter“ gebrandmarkt. Von sozialdemokratischer Seite, besonders von dem Berliner Regierenden Bürgermeister *Willy Brandt*, wurden die gegen die SPD gerichteten Vorwürfe der Acht zwar zurückgewiesen; im übrigen aber bescheinigte Brandt ihnen eine saubere Gesinnung und trat für ihr Recht ein, ihre Meinung zu sagen.

Dehler und der kalte Krieg

Fast noch schlimmer erging es dem eigenwilligen FDP-Abgeordneten Dr. *Thomas Dehler*, als er in einer Fernsehdiskussion sagte: „Wir haben keine Ostpolitik getrieben, sondern wir haben uns mit einem primitiven Antibolschewismus begnügt“ und ein Wort des Bonner Sowjetbotschafters von dem heißen und kalten Krieg zitierte, den Deutschland seit 30 Jahren gegen die Sowjetunion führe. Empört forderte die CDU/CSU den Rücktritt Dehlers als Vizepräsident des Bundestages und erklärte, sie würde, falls er präsidieren, den Saal verlassen. Die Differenzen in den außenpolitischen Auffassungen, die innerhalb der Regierungskoalition herrschen, wurden bei dieser Gelegenheit so recht deutlich. Die lauten Drohungen der CDU/CSU fielen allerdings gar bald in sich zusammen, als sie sich von ihrem Parteifreund, dem

Bundestagspräsidenten *Gerstenmaier*, sagen lassen mußte, daß es keine gesetzliche Möglichkeit gebe, einen Bundestagspräsidenten oder -Vizepräsidenten während der Legislaturperiode abzuwählen.

Auch mögen den anfangs in wilden Anklagen gegen Dehler sichergehenden von *Brentano*, *Jaeger*, *Rasner* usw. die Stimmen befreundeter Blätter aus den USA, Großbritannien und der Schweiz zu denken gegeben haben, die kein Verständnis dafür aufbrachten, daß der Bundestagsvizepräsident nicht seine persönliche Meinung solle sagen können. Den Aufbegehrenden wurde außerdem aus dem befreundeten Ausland unmißverständlich zu verstehen gegeben, daß an den, wenn auch überspitzten Dehlerschen Thesen doch etwas Wahres sei, denn schließlich habe vor 21 Jahren nicht die Sowjetunion Deutschland, sondern umgekehrt Deutschland die Sowjetunion überfallen. So ließ die CDU/CSU sang- und klanglos ihre Forderung nach Abberufung Dehlers fallen, und die mit großen Tönen begonnene Polemik verlief im Sande. Als der durch zahlreiche Zuschriften und Telegramme aus dem Publikum ermutigte Dehler heftig gegen *Brentano*, *Jaeger* und *Kiesinger*, die ihn attackiert hatten, zurückschlug, hatte die CDU/CSU jede Freude an dem Streit verloren.

Die Intrige gegen Botschafter Kroll

Auf dem Boden von unbewältigter Vergangenheit und politischer Unentschlossenheit und Inaktivität spielte sich auch eine der erstaunlichsten diplomatischen Intrigen ab: der Fall des Moskauer Botschafters Dr. *Hans Kroll*. Nicht zum erstenmal hat Kroll von sich reden gemacht. Bereits kurz nach seiner Entsendung auf den Moskauer Posten im Sommer 1958 hatte er angesichts wechselseitiger Pöbelattacken auf die Fenster der Botschaftsgebäude in Rolandswerth und in der Bolschaja Grusinskaja in Moskau vor deutschen Journalisten heftige Angriffe gegen die Polizei von Nordrhein-Westfalen und die von ihr nicht zurückgehaltenen Demonstranten gerichtet, die sein, Krolls, so hoffnungsvoll begonnenes Werk der deutsch-sowjetischen Beziehungen sabotierten. Immer wieder sah sich der nicht eben umgängliche, von Kollegen und Untergebenen alles andere als geliebte, aber von *Chruschtschow* hochgeschätzte Diplomat Verdächtigungen, Angriffen und Intrigen ausgesetzt, die teils aus dem Bonner Auswärtigen Amt, teils aus dem Kreise seiner eigenen Botschaft, wohl auch aus anderen westlichen Botschaften in Moskau kamen, deren Chefs eifersüchtig darauf waren, daß Kroll sie allmählich aus der Gunst des Kremelchefs verdrängt hatte. Aber trotz aller Abschußversuche hielt der Bundeskanzler bis Anfang dieses Jahres an Kroll fest.

Es ist höchst bedauerlich, daß in der letzten Phase auch deutsche Zeitungen sich in das In-

trigenspiel gegen Kroll einschalten ließen. In einem vielgelesenen Hamburger Blatt erschien, als Kroll zu einer Botschafterbesprechung in Bonn weilte, eine Meldung des Bonner Korrespondenten, in der behauptet wurde, Kroll sei schwer krank und werde deshalb demnächst in Moskau abgelöst werden. Ohne jede diplomatische Glätte bezeichnete Kroll das als eine „medizinisch aufgezoogene Intrige“. Aber der Korrespondent ließ nicht locker. Kurz danach — Kroll war inzwischen nach Moskau zurückgekehrt — sprach er in einem Leitartikel von grundsätzlichen Verzichten und einer Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion um jeden Preis, zu denen ein hoher Beamter rate, der zwar nicht namentlich genannt, aber für jeden Eingeweihten als Botschafter Kroll erkenntlich war. Eine bestimmte Lobby sorgte für Verbreitung dieses Artikels und entsprechenden Lärm. Absichtlich unklar gehalten waren im weiteren Verlauf die Angaben, bei welcher Gelegenheit Kroll die ihm zugeschriebene Äußerung gemacht haben sollte: Die einen sprachen von einem vertraulichen Gespräch mit einigen wenigen Journalisten — die Beteiligten bestritten, daß Kroll dergleichen gesagt habe —, die anderen nannten die Bonner Botschafterkonferenz. Der gravierendste Vorwurf ging jedenfalls dahin, Kroll habe mit Chruschtschow Verhandlungen geführt, zu denen er nicht autorisiert gewesen sei.

Das traf zwar nicht zu, aber das Auswärtige Amt lehnte es unter dem maßgebenden Einfluß des einseitig EWG-orientierten Staatssekretärs Prof. *Carstens* auch ab, Kroll gegen die maßlosen Vorwürfe, die vor allem von einer im gleichen Verlag wie das oben erwähnte Blatt erscheinenden Boulevardzeitung erhoben wurden, in Schutz zu nehmen, und verbot ihm öffentliche Äußerungen. Der impulsive, nun mit Recht erregte Kroll aber veranstaltete in seiner Moskauer Residenz eine Pressekonferenz und ließ sich zu heftigen Ausfällen gegen seine Verleumder hinreißen. Jetzt hatten seine Widersacher Oberwasser. Kroll wurde nach Bonn berufen, aber nicht vom Bundeskanzler, sondern nur vom Außenminister *Schröder* empfangen. Das Ergebnis: längerer Erholungsurlaub, kurze Rückkehr auf den Moskauer Posten, beim nächsten Revirement im Herbst Versetzung als Ostsachverständiger ins Auswärtige Amt bis zur Pensionierung bei Erreichung der Altersgrenze im nächsten Jahr. Eine kleine Genugtuung: der Anführer der Intrige in der eigenen Residenz, gleichzeitig Vertrauensmann seiner Feinde im Auswärtigen Amt, wurde sofort aus Moskau abberufen. Die eigentlichen Urheber der Intrige blieben ungeschoren. Der für Kroll festgelegte Stufenterminplan läßt freilich noch Möglichkeiten offen für den Fall, daß Bundeskanzler Adenauer es in den nächsten Monaten im Zusammenhang mit der internationalen Entwicklung für opportun halten sollte, sich der guten Dienste und Verbindungen

Krolls zu bedienen. Die Tatsache, daß Kroll auf Termin abgeschossen wurde, obwohl er *Globke*-Freund, Katholik und gar CVer, also Angehöriger des in der Bonner Ämterpatronage maßgeblichen studentischen Kartellverbandes ist, beweist, mit welchem Abscheu und mit welcher Erbitterung in Bonn jede Normalisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen, die allein einen Fortschritt in Richtung auf eine Lösung des Deutschland- und Berlin-Problems bringen könnte, im Keim erstickt wird.

Töne aus dem Hause Strauß

Für den Laien verwunderlich ist, daß neuerdings ausgerechnet der Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß sich zum Sprecher einer Normalisierung der Beziehungen zum Ostblock macht. Aber die Erklärung ist wohl nicht schwer: Strauß ist verärgert darüber; daß die Regierung des Präsidenten Kennedy seinen nuklearen Ambitionen, sei es auf nationaler, sei es auf NATO-Basis, die kalte Schulter zeigt. Möglicherweise möchte Strauß mit seinem neuen Zungenschlag von der notwendigen Normalisierung der deutsch-sowjetischen Beziehungen den historisch zwar nicht haltbaren, aber immerhin vorhandenen Rapallo-Komplex der Amerikaner reizen.

Strauß hat alle Ursache, sich in diesen Wochen und Monaten auch seinen zahlreichen innenpolitischen Gegnern als besonnen und gereift zu präsentieren. Die *Fibag*-Affäre und der *Hackl*-Skandal haben den Minister an den Rand seiner Karriere gebracht. Um mit letzterem zu beginnen: als die Nürnberger Staatsanwaltschaft einem Fall auf die Spur gekommen war, in dem der Grundstücksmakler Hackl mit der Unterstützung der CSU vom bayerischen Staat Gelände von beträchtlichem Umfang zum Quadratmeterpreis von 3 DM kaufen konnte und sich mit zwei Spenden von je 10 000 DM an die CSU-Partei-kasse revanchierte, griff Minister Strauß durch einen telefonischen Anruf beim zuständigen Oberstaatsanwalt in den Gang der Ermittlungen ein. Strauß versuchte, als die Affäre durch ein Rundschreiben des Bayerischen Richterbundes publik geworden war, auf eine sozialdemokratische Anfrage im Bundestag ausweichend zu antworten, bekannte aber dann, offenbar auf Drängen seiner eigenen Freunde, daß er nicht ganz korrekt gehandelt habe.

Viel unangenehmer aber droht der sogenannte *Fibag*-Skandal für den Minister zu werden. *Der Spiegel* hatte, gestützt auf eine Fülle von dokumentarischem Material, berichtet, der Minister habe die Oberfinanzdirektion München, die ihm gar nicht untersteht, angewiesen, ein gewisses Architektenbüro *Schloß* bei der Vergabe von Bauaufträgen für die Bundeswehr zu bedenken. Außerdem habe er

besagtem Schloß, der für seine fachliche Befähigung nur ein einsemestriges Studium aufweisen kann, eine Empfehlung an den amerikanischen Verteidigungsminister *Gates* geschrieben, er möge Schloß mit der Durchführung des 300-Millionen-DM-Projektes des Baues von Wohnungen für amerikanische Soldatenfamilien in der Bundesrepublik betrauen. Das schlimmste aber ist, daß nach zwei vorliegenden eidesstattlichen Erklärungen Straußens Duzfreund, der Passauer Zeitungsverleger Dr. *Hans Kapfinger*, der den Vermittler in dieser Angelegenheit gespielt hatte, behauptet haben soll, er müsse seinen Gewinn an der Sache mit Strauß teilen.

Nun glaubt wohl kaum jemand in der Bundesrepublik, daß diese Behauptung des durch seine Aktivität gegen den Berliner Bürgermeister *Brandt* und seine Verurteilung wegen einer Sittlichkeitsaffäre bekannt gewordenen Passauer Zeitungsmillionärs auf Wahrheit beruht. Es war wohl nur eine Schutzbehauptung, mit der Kapfinger die Höhe seines Anteils gegenüber seinen Geschäftspartnern zu motivieren suchte. Was aber die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik bis in die Reihen der Parteifreunde Straußens und der Bundeswehr hinein so beunruhigt, ist der Umstand, daß Strauß zwar gegen den *Spiegel* und gegen alle möglichen Personen einstweilige Verfügungen beantragt und Strafanträge gestellt hat, *nicht* aber gegen Kapfinger wegen seiner Behauptung, er müsse mit Strauß teilen. Man befürchtet, daß Kapfinger den Minister aus der Zeit der alten Freundschaft in der Hand hat, wenn sich auch für das Gerede von einer Strauß schwer belastenden Photographie noch keine handfesten Unterlagen ergeben haben.

Nach einer reichlich voreiligen Vertrauenserklärung des Fraktionsvorsitzenden von *Brentano* für Strauß hat sich die CDU einschließlich der CSU dann doch ziemlich schnell mit der von den Sozialdemokraten geforderten Einsetzung eines Bundestags-Untersuchungsausschusses einverstanden erklärt, der in den ersten Apriltagen mit den Zeugenvernehmungen begonnen hat. Bereits jetzt, da diese Zeilen geschrieben werden, ist zu erkennen, daß einige hohe Ministerialbeamte, die als Zeugen vernommen wurden, sich sehr unklar ausdrückten und offensichtlich alles vermieden, den Minister zu belasten. Der Ausschuß wird auch zu klären haben, ob Strauß und Kapfinger, die in den gleichen Tagen Ende März aus der Bundesrepublik nach Österreich verschwunden waren, sich etwa im Ausland getroffen haben. Von beiden wird das bestritten; doch hat gerade die etwas seltsame Betonung in der Erklärung des Verteidigungsministers, der Minister habe sich in *Innsbruck* nicht mit Kapfinger getroffen, Verdacht erweckt.

Hat der Minister es in der letzten Zeit auch für opportun erachtet, sich zurückzuhalten, so muß doch etwas über den ungehörigen Ton gesagt werden, dessen sich seine engste Umgebung gegenüber der politischen Opposition sowohl wie gegenüber der Presse befleißigt. Als die SPD anfragte, warum der Minister gegen die *Spiegel*-Veröffentlichungen keinen Strafantrag stellte, sprach Straußens Ministerium süffisant von einem neuen Zusammenspiel zwischen *Spiegel* und SPD und versuchte, daraus einen Angriff auf Bundeswehr und Verteidigungsbereitschaft zu machen. Als einige Journalisten in ihren Artikeln meinten, der Minister müsse bis zur Klärung der Affäre in Urlaub gehen, nannte Pressesmajor von *Raven* sie „politische Dummköpfe“.

Aber nicht nur in dieser Angelegenheit bediente sich die Umgebung des Ministers einer ungehörigen Sprache. Als der Verfasser einer Berliner Fernsehsendung zur deutschen Vergangenheit und Gegenwart auch um die Mitwirkung von Bundeswehrgenerälen bat, lehnte das Presseoberst *Schmückle* mit der Behauptung ab, der Autor habe mit der Bundeswehr ein „geistiges Striptease“ vor. Im übrigen wurde in diesem Zusammenhang bekannt, daß die Bundesministerien sich untereinander abgesprochen haben, zu dieser Sendung keine Interviews zu geben.

Ärger hat das *Deutsche Fernsehen* auch mit einem anderen Ministerium gehabt, nämlich mit dem Auswärtigen Amt, und zwar nachdem *Gerd von Paczenskys* aufsehenerregende Reportage über die Hintergründe der Kongo-Krise gesendet worden war. Als der belgische Botschafter in Bonn wegen dieser von der offiziellen belgischen und besonders der Union-Minière-Schablone abweichenden Tatsachenschilderung vorstellig wurde, wurde ihm vom Auswärtigen Amt nicht die einzig vertretbare Antwort gegeben, daß nämlich die Regierung keine Einwirkungsmöglichkeit habe, da in der Bundesrepublik Pressefreiheit herrsche, daß man allenfalls auf den Rechtsweg verweisen müsse und im übrigen hoffe, daß keine Trübung der gutnachbarlichen Beziehungen eintrete, sondern der Staatssekretär sagte gänzlich unberechtigterweise „Prüfung“ der Angelegenheit zu. Im Bundestag aber bezeichnete er die Sendung — ohne Angabe konkreter Fälle — als unsachlich und gab der Presse Verhaltensvorschriften für die Abfassung von Reportagen über befreundete Länder.

Brentanos neue Aktivität

Man kann nicht behaupten, daß die Bonner Regierungskoalition bisher besonders schweren Belastungsproben ausgesetzt gewesen sei. Doch herrscht viel gegenseitiges Mißtrauen. FDP-Vorsitzender Dr. *Mende* — von dem Außenseiter *Dehler* ganz abgesehen — muß

sich manche Kritik seines Koalitionspartners gefallen lassen. Bemerkungen, die er gelegentlich einer Goodwill-Tour durch die USA in der amerikanischen Öffentlichkeit gemacht hat, erregten das Mißfallen der CDU/CSU. Um den günstigen Eindruck zu kompensieren, den Mende in den USA für seine FDP gemacht hat, wird Brentano für die CDU demnächst ebenfalls eine Amerikareise machen.

Brentano hat, seit er nicht mehr Außenminister ist, an Gewicht gewonnen, wozu natürlich auch der Umstand beiträgt, daß Minister Strauß von seinem ohnehin nicht großen Prestige durch seine Affären noch einiges eingebüßt hat. Prof. *Erhard* ist zwar nach den Behauptungen der Demoskopen immer noch der populärste Mann unter denen, die für die Nachfolge Adenauers in Frage kommen, aber bei denen, die ihr Urteil aus genauerer Kenntnis der Zusammenhänge und Hintergründe bilden, ist man immer mehr geneigt, dem Bundeskanzler recht zu geben, der seit Jahren behauptet, Erhard sei zwar ein guter Wirtschaftsfachmann (? Red. der G. M.), aber kein Politiker. Die einseitige Art, mit der Erhard immer wieder die Gewerkschaften attackiert und die angeblich übertriebenen Lohnforderungen brandmarkt, wird ihm auch von solchen, denen seine Einstellung ansonsten paßt, nicht als Zeichen der Befähigung zum politischen Ausgleich angerechnet.

So scheint sich Erhard, je mehr er sich in der Öffentlichkeit exponiert, um so mehr von seinem Ziel, Nachfolger Adenauers als Bundeskanzler

zu werden, zu entfernen. Skeptisch stehen ihm in der eigenen Partei vor allem diejenigen gegenüber, die meinen, über kurz oder lang müsse unter dem Druck der außenpolitischen Entwicklung ja doch eine Koalition mit den Sozialdemokraten zustande kommen, und dafür sei Erhard nicht der richtige Mann. Brentano hingegen scheint sich immer stärker auf die hessischen Traditionen von 1946/1950 zu besinnen, als es in Wiesbaden eine Koalitionsregierung von SPD und CDU gab. Er scheint den Ehrgeiz zu haben, Kanzler einer Bundeskoalition von CDU/CSU und SPD zu werden, und dabei auch die Unterstützung eines Teiles seiner Parteifreunde zu haben. Interessanterweise sind es außer dem Gewerkschaftsflügel der CDU gerade katholische Kreise und die Bayern um *Höberl* und Dr. *Jaeger*, die ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten der gegenwärtigen Koalition mit der FDP vorziehen würden.

Von sozialdemokratischer Seite nimmt man zu solchen Kombinationen keine Stellung, da sie, für den Augenblick wenigstens, nicht aktuell sind. Die schweren sozialen Auseinandersetzungen, die durch die Tarifikämpfe der großen Industriegewerkschaften und die Ausfälle Erhards gekennzeichnet sind, ziehen naturgemäß auch die beiden großen Parteien in Mitleidenschaft und machen aus wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen im Augenblick ein Zusammengehen nicht wahrscheinlich, so sehr auch die in der Außen- und Wehrpolitik erzielte Annäherung Koalitionsvoraussetzungen geschaffen haben mag. *Dr. Hans Henrich*